



Gruppe PRO Deutschland im Rat der Stadt Remscheid
Lange Str. 33 · 42857 Remscheid

Herr Oberbürgermeister
Burkhard Mast-Weisz
Theodor-Heuss-Platz 1
42853 Remscheid

Remscheid, den 19. Februar 2016

Es schreibt Ihnen
Andre Hüsgen

Telefon
(02191) 3 74 25 80

E-Mail
ratsgruppe.remscheid@pro-deutschland.net

Anfrage: Bekleidungs Vorschriften an Schulen in städtischer Trägerschaft während des Schwimm- und Sportunterrichts

Sehr geehrte Herr Oberbürgermeister,

von der Verwaltung möchten wir gern folgende Anfrage zur Ratssitzung am 25. Februar 2016 beantwortet haben:

Inhalt

1. Trifft es zu, dass Schulen in der Trägerschaft der Stadt binnen der letzten Wochen und Monate Anweisungen erteilt haben, im Schwimm- bzw. Sportunterricht dürften bestimmte handelsübliche Kleidungsstücke wie beispielsweise zweiteilige Badeanzüge für Mädchen während des Schwimmunterrichts bzw. Schulsports nicht getragen werden aus Rücksichtnahme auf islamische Mitschüler? Wenn ja, auf welcher rechtlichen Grundlage erfolgten derartige Anweisungen?

2. Gibt es darüber hinaus Fälle, in denen die Stadt „Kultursensibilität“ (Schlagwort der ehemaligen niedersächsischen Ministerin Aygül Özkan) der Einheimischen gegenüber Angehörigen von nicht-christlichen Religionen vorsieht? Wenn ja, welche?

Begründung

Mehrere besorgte Eltern haben sich an die Anfragstellerin gewandt mit dem Hinweis, diverse städtische Schulen hätten Anweisungen erteilt, gemäß denen aus Rücksichtnahme gegenüber mohammedanischen Schülern bestimmte handelsübliche Textilien im Schwimm- bzw. Sportunterricht nicht getragen werden dürften. Hierunter sollen sogar beispielsweise lang geschnittene, zweiteilige Badeanzüge für Mädchen fallen. Sollte das so zutreffen, so wäre dies ein Skandal höchsten Ranges. Ein solches Handeln würde der Willkür geradezu Tür und Tor öffnen, weil auf diese Weise Angehörige einer noch so exotischen Religion oder religiösen Sekte verlangen könnten, dass Einheimische Selbstverständlichkeiten aus Rücksichtnahme auf religiöse Gefühle unterlassen, wobei dieses Ansinnen mit der Autorität der Kommune und/oder des Staates umgesetzt würde.

Andre Hüsgen
Ratsgruppensprecher
Bürgerbewegung PRO Deutschland